

Aktuelle Stunde („Schulfrieden retten -- Schwarzgrün muss Gesetzentwurf zu G8/G9 zurückziehen“)

Kerstin Geis (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Frau Ravensburg, man darf in dieser Debatte wirklich darüber staunen, wie wenig die Eltern in Hessen ernst genommen werden.

(Beifall bei der SPD – Hans-Jurgen Irmer (CDU): Das sagen die Richtigen!)

Da stelle ich mir die Frage, ob ein Schulfrieden an den hessischen Schulen erforderlich ist, weil es dort Unfrieden gab. – Bisher nicht, jetzt aber schon.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Während vorher in den Schulgemeinden konstruktiver Diskurs stattgefunden hat, gibt es jetzt nur noch Streit. Es ist festzustellen, dass die Landesregierung derzeit keine Mühen scheut, den Unfrieden an den hessischen Gymnasien auf die Spitze zu treiben und das Chaos, den Unwillen und die Frustration zu maximieren. Sorgfältige Vorbereitung – dazu kann ich nur sagen: Schon die Einführung von G 8 war mit der heißen Nadel gestrickt. Diese Nachbesserung kann man bestenfalls noch als „drangetackert“ bezeichnen.

(Beifall bei der SPD)

Wie sieht es denn in Hessen aus? Die Einlassungen des Stadt Elternbeirats in Frankfurt sind uns allen bekannt. Er bewertet die Änderung des Schulgesetzes als eine Katastrophe. Der Stadt Elternbeirat Marburg berichtet über ein großes Maß an Unmut unter den Eltern. Dort zeichnen sich Probleme bei der Rückkehr zu G 9 ab.

Vizepräsident Frank Lortz:

Einen Moment, Frau Kollegin. – Ich sehe, dass auf der Besuchertribüne Fotos mit Blitz gemacht werden. Das gibt es hier eigentlich nicht – zumal ich, wenn Blitzlicht kommt, gar nichts mehr sehe. Ich sehe auch sonst nicht viel, aber dann sehe ich überhaupt nichts mehr. Deshalb bitte ich ganz herzlich, darauf zu verzichten.

Kerstin Geis (SPD):

In Wiesbaden haben sich nach wirklich langem Drängen drei von sieben Gymnasien zur Rückkehr zu G 9 entschieden, allerdings ohne den Jahrgang 7. Die Stadt hat eine Elternbefragung durchgeführt und festgestellt, dass sich 85 % der Eltern in Wiesbaden am Gymnasium G 9 wünschen.

Um diesen Bedarf zu decken, hätten mindestens fünf Gymnasien zurückkehren müssen. Wenn in Wiesbaden oder in anderen Schulträgerbezirken die Nachfrage nach G 9 größer ist als das Angebot, nach

welchen Kriterien wird dann entschieden, welches Kind G 8 und welches Kind G 9 besuchen wird?

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Der Schwarze Peter liegt hier bei den Verteilkonferenzen, die das dann entscheiden müssen. Damit ist man meilenweit von dem entfernt, was man den Eltern versprochen hat. Wahlfreiheit ist das nicht.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

In Darmstadt bleiben alle Gymnasien bei G 8. Dort gibt es überhaupt kein Angebot von G 9.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Die meisten Schulträgerbezirke haben gemeinsam, dass in den Schulgemeinden heftige Diskussionen zu der Frage geführt werden, ob denn nun die Jahrgänge 5, die Jahrgänge 6 oder 7, ob sie in Teilen oder am besten alle zusammen zu G 9 zurückkehren.

An denjenigen Schulen, die bereits im vergangenen Jahr zu G 9 zurückgekehrt sind, sind die Eltern frustriert, weil ihre Jahrgänge 7 keine Chance zur Rückkehr zu G 9 bekommen. Es gibt große Unruhe an den hessischen Schulen. Es gibt sie sogar bereits an den abgebenden Grundschulen.

Eltern diskutieren in den schulischen Gremien und fragen beim Kultusministerium nach, wann der Gesetzentwurf endlich umgesetzt wird. Schulträger teilen den Eltern auf Nachfrage mit, dass der Wechsel gar nicht funktionieren kann. Die Schulleitungen zeigen sich teilweise ratlos.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! Alles in Ordnung!)

Die Schulgemeinden vermissen die Unterstützung. Diese Unruhe herrscht wegen der mangelnden Kommunikation und der Diskrepanz zwischen dem, was den Eltern versprochen wurde, und dem, was sie in der Realität erleben.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Den Eltern wurde Wahlfreiheit versprochen, und sie merken gerade, dass es sie nicht gibt. Es wurden Klarheit und Sicherheit versprochen; stattdessen gibt es Unsicherheit und konzeptionelle Wirrnis. Das ist wie der Beschluss der Tiere des Waldes: Das geht uns Fische gar nichts an.

(Beifall bei der SPD)

Herr Wagner, wenn das der versprochene Schulfrieden ist, frage ich mich, wie in Ihren Augen Unfrieden an Schulen aussieht.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BUND- NIS 90/DIE GRUNEN))

Anders läuft es in der Stadt Offenbach, im Kreis Offenbach und im Schwalm-Eder-Kreis. Dort sind alle Gymnasien zu G 9 zurückgekehrt; es gibt überhaupt kein G-8-Angebot mehr. Auch die Lösung in Niedersachsen zeigt ganz deutlich, wie eine geordnete Rückkehr zu G 9 aussehen kann: Dort kehren alle Gymnasien zu G 9 zurück, und es gibt eine individuelle Möglichkeit der Verkürzung der Schulzeit durch das Überspringen von Klassen. Dies wird durch zusätzliche Förderstunden unterstützt.

Die Debatte zeigt: Nehmen Sie den Elternwillen endlich ernst, und sorgen Sie dafür, dass an den hessischen Schulen eine Lösung gefunden wird, die von allen Beteiligten mitgetragen werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)